Für ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien!

Oeffentliche Protest-Versammlung

unter dem Vorsitz von Wirkl. Geh. Rat Professor D. Dr. A. von Harnack am 15. Juli 1921 im großen Saal der Philharmonie zu Berlin

Ansprache von Gerhart Hauptmann

Redner:

Reichstagsabgeordneter Dr. Herschel (Zentrum)
Professor Dr. Hoetzsch (Deutschnationale Volkspartei)
Geh. Rat Professor Dr. Kahl (Deutsche Volkspartei)
Reichsminister a. D. Dr. Köster (Soz. Partei Deutschl.)
Professor Dr. Schücking (Deutsche Demokratische Partei)

Preis 3 Mark

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin

Die Versammlung wird durch Herrn Wirkl. Geheimen Rat **Prof. Dr. von Harnack** mit folgender Ansprache eröffnet:

Meine Damen und Herren! In letzter und in ernstester Stunde sind wir einmütig zusammengetreten für das ungeteilte, untrennbare Oberschlesien. (Bravo!) Wir stehen hier nicht nur im Namen einer Provinz, die sich durch ihre Abstimmung — niemals haben wir es anders erwartet — wiederum feierlich und öffentlich zu uns bekannt hat, auch nicht nur im Namen unseres Vaterlandes, welches ohne Oberschlesien nicht gedeihen, ja, nicht leben kann (sehr richtig!), sondern wir stehen hier im Namen der Kultur und Gerechtigkeit, und deshalb im Namen Europas. Dieses Europa wäre ein ganz äußerer, rein geographischer Begriff, ohne Würde und ohne Moral, wenn es gestattete, daß einem Entwaffneten gegenüber kein Versprechen mehr gilt und Recht und Gerechtigkeit mit Füßen getreten wird.

Bitter mußten wir uns schon beklagen darüber, daß die Entente die Pflichten nicht erfüllt hat, die sie gegenüber Oberschlesien eingegangen ist. Es darf aber nicht geschehen, daß die Entente das Land gar noch dem Feinde ausliefert und es damit vollends zerstört und vernichtet. Wenn wir schweigen würden, so müßten die Steine in Oberschlesien schreien: „Wir sind deutsches Kulturland!"

Darum hören Sie die Redner, die uns noch einmal ins Gedächtnis rufen werden, daß dieses Land nicht nur seit 700 Jahren uns gehört, sondern daß es auch geistig, seelisch fort und fort als eine untrennbare Einheit zu uns gehört und niemals von uns getrennt werden darf.

Ich erteile zunächst das Wort unserem Dichter Gerhart Hauptmann.

Gerhart Hauptmann (von stürmischen Beifallskundgebungen begrüßt, die ganze Versammlung erhebt sich von den Plätzen):

Hochverehrte Versammlung! Von schwerer Sorge, von banger Erwartung erfüllte Landsleute! Wir wissen, weshalb wir zusammengekommen sind. Wenn wir auch nur einen winzigen Teil der großen, einigen, deutschen Nation darstellen, so haben wir doch das Recht und die Pflicht, sozusagen in zwölfter Stunde für diese große, einige, deutsche Nation zu reden. — Daß sie groß ist, wer wollte das leugnen, trotz allem, was geschehen ist! Daß sie einig ist, einig sein muß, können wir nicht bezweifeln, solange wir uns noch einen Funken von Glauben an ihren Bestand bewahren wollen. Also sage ich: wir zweifeln nicht, daß die Nation einig und durch Einigkeit unzerstörbar ist.

Wir stehen also hier für ein ganzes Volk, um vor einer Entscheidung, die über ihm schwebt, noch einmal seine Stimme hörbar zu machen. Ein Oberster Rat zu Paris, bei dem wir Sitz und Stimme nicht haben, wird darüber Beschluß fassen, ob wiederum ein Teil vom deutschen Nationalkörper abgetrennt und einem andern Staatswesen angeleimt werden soll. Niemand, Franzose oder Pole, wird, sofern er nur ein halb zurechnungsfähiges Hirn und Herz besitzt, dem Deutschen zumuten, in die Diskussion einer Frage einzutreten, die dahin lautet, ob er auf sein uraltes, angestammtes Eigentum ein größeres Recht besitzt, als ein beliebiges anderes Volk. Oberschlesien war bereits ein Teil des alten, römischen Kaiserreichs deutscher Nation. Es ist alsdann ein Teil Preußens und also ein Teil des neuen Deutschen Reiches, gewesen. Wie gesagt: es gibt in dieser Frage für den Deutschen keine Diskussion.

Gewalt ist Gewalt! Wir sind ein besiegtes Volk, ein Volk, das im Kriege, Gewalt gegen Gewalt, unterlegen ist. Also hat man uns, meinethalben im Sinne eines irrtümlichen Gedankens der Gerechtigkeit, gewaltsam die Verfügung über unseren Landesteil Oberschlesien entzogen: entzogen, wie man sagen mag, mit dem Recht der Gewalt. Man hat aber dem Gerechtigkeitsgefühl der schlechthin rechtlichen Welt doch noch das Opfer gebracht, dem in Frage stehenden Landesteil und seinen Bewohnern anheimzugeben, durch Plebiszit zu erklären, ob es bei seinem angestammten Nationalkörper bleiben oder von ihm abfallen will. Da Stimmenmehrheit entscheiden sollte, ist durch Stimmenmehrheit entschieden worden, und zwar, wie zu erwarten war, nicht für den Abfall, sondern für das Verbleiben beim alten Reich.

Wir sind ein besiegtes Volk. Es ist die allerbitterste Wahrheit, die allerbitterste Enttäuschung der Menschheit, daß es im Jahre 1921 überhaupt noch Sieger und besiegte Völker geben kann, und, insonderheit unter den europäischen Völkern, ein so wie wir vom Sieger entmündigtes Volk. Ich sage das nicht als Deutscher, sondern als Europäer, als Europäer, dessen Idee Europa ist. Aber wenn jene Männer, welche diesen Zustand geschaffen, die Idee der edlen, europäischen Völkergemeinschaft damit noch so sehr verwundet haben, können sie doch nicht so weit gehen, das von ihnen selbst angeordnete Plebiszit und sein unzweideutiges Resultat zu mißachten, sich über die flammend geäußerte Willensmeinung eines großen Volkes leichtfertig hinwegzusetzen. — Dermaßen das Vertrauen von 70 Millionen Menschen — gutgläubigen Menschen! — zu verhöhnen, würde meiner bescheidenen Ansicht nach einen Gipfel der Frivolität bedeuten und der europäischen Völkermoral den Todesstoß versetzen. (Lebhafter Beifall.)

Ich warne den Obersten Rat vor einer Politik der in Permanenz erklärten Gewalt. — Der große Mensch und Feldherr Helmuth Moltke hat jeden Krieg unter allen Umständen für ein Unglück

erklärt. Krieg mag heroische Kräfte entfesseln, und auch der letzte hat sie entfesselt, aber damit auch andere, ruchlose Kräfte. Und ich komme über die Tatsache nimmermehr hinweg, daß er das fünfte Gebot: „Du sollst nicht töten!“ durch ein anderes ersetzt: „Töte von deinen Mitmenschen soviel du nur kannst!“ Aber der Krieg ist fast zu groß in seiner klaren, widerspruchslosen, mit Brand, Mord und Vernichtung jeder Art einherschreitenden Furchtbarkeit, um an ihn, ich möchte sagen, mit den menschlichen Maßen von Gut und Böse heranzutreten. Er ist seinem Wesen nach Gewalt, und Gewalt, im Rahmen des Krieges, besitzt immerhin eine gewisse Größe und einen gewissen Adel, die der gleichen Gewalt im Frieden vollständig fehlt. Solche Gewalt, im Friedenszustand geübt, ist etwas, wodurch sich die Menschheit bis ins Letzte hinein demoralisiert. (Lebhafte Zustimmung.) Es würde Gewalt sein, im Frieden geübt — darüber soll sich niemand täuschen! —, wenn man unsern Reichsbesitz Oberschlesien vom Reiche losreißen, uns wegnehmen und einem andern Verbande angliedern wollte.

Ich warne also den Obersten Rat vor Ausübung der Gewalt im Zustand des Friedens. Ich warne ihn um so mehr, als ihm daran liegt und liegen muß, diesen Frieden friedlicher, segensreicher und dauerhafter zu gestalten, ihn als wirklichen Frieden zu sichern. Nicht nur Europa bedarf des Friedens, sondern die Welt bedarf seiner, da es keinen Flecken auf ihr gibt, der durch den verflossenen, unsinnigen Krieg nicht gelitten hat und an seinen Folgen nicht heut noch leidet.

Es handelt sich also darum, die Wunden des Krieges zu heilen und nicht etwa friedlich arbeitenden Völkern, im Frieden, neue Wunden zuzufügen. Es geht nicht an, daß einer den Pflug führe, in der heiligen Wehrlosigkeit arbeite, während ein sanktionierter Gewaltmensch, mit dem Schwert in der Hand, ihm den Stier vom Pfluge nimmt. — (Lebhaftes Bravo.)

Ich warne den Obersten Rat schließlich und endlich deshalb, weil ihm nicht daran liegen kann, unauslöschliche, heimliche Brandherde zu schaffen, die das Werk des Friedens bedrohen und binnen kurz oder lang einen schrecklicheren Weltbrand erzeugen müssen, als den, der kaum vorüber ist. (Bravo!) Man möge doch ja nicht unterlassen, sich diese Tatsache einzugestehen. Ein neuer Weltbrand würde die letzten Reste menschlichen Wohlstands und menschlicher Gesittung hinwegraffen, das Gebäude der menschlichen Kultur dem Boden gleichmachen und einen Aschenhaufen zurücklassen. Einen solchen gefährlichen Brandherd aber legt man an, wenn man einen uraltgegebenen und natürlichen Zustand ändert, indem man diesen vitalen Teil vom Reiche reißt, und dafür einen erkünstelten und erzwungenen, also unnatürlichen Zustand schafft. Ein solcher Zustand wird niemals von Dauer sein können und wird solange den Frieden Europas gefährden, bis er korrigiert worden ist. Denkt man etwa daran, die

Amputation gefahrloser zu gestalten, indem man, sozusagen, Teile vom Teil unseres Reichs abschneidet, so gibt man sich einer Täuschung hin. Die brandige Wunde wird immer dieselbe sein: und so groß oder klein sie ist, wird sie hinreichen, das Blut Europas, den Körper Europas, weiter zu vergiften.

Wir Hungernden haben eine Stimme gehört — es klang etwa wie: Brot! Wir vor Durst Verschmachteten haben eine Stimme gehört — sie klang etwa wie: Wasser! Wir nach der Gerechtigkeit Hungernden und Dürstenden haben eine Stimme gehört — sie klang wie: Gerechtigkeit! — — — Es war ein unbedingt großer Augenblick, als der mächtige, europäische Staatsmann Lloyd George sein Wort vom Fair play in das Chaos warf. Ich sage: Ein Mann — ein Wort! (Stürmisches Bravo.) Ich baue darauf, und glaube daran! —

Und wir nach dem Lichte des Friedens Hungernden haben von jenseit des Ozeans eine andere Stimme, die Stimme des Präsidenten Harding, gehört, die eine Zeitung „Sun", das heißt die Sonne, das „erste Licht" nannte. — Wie finster muß dieser Sonne die Welt erscheinen, wenn sie selbst so entzückt das „erste Licht" begrüßt! Diese arme Sonne hat recht: Es sind finstere Zeiten! Aber die Stimme rief: „Waffen nieder!" von jenseit des Ozeans. Das will bedeuten, daß diese Stimme „Friede! Friede!" rief, „Fort mit den Taten der Gewalt!" — Und also möge es endlich Licht werden! (Langanhaltender, immer erneut einsetzender stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Prof. Dr. **von Harnack:**

Ich brauche dem Herrn Redner, der eigens für heute abend hierher nach Berlin gekommen ist, nicht mehr besonders zu danken, nach dem, was Sie selber getan haben. (Bravo!)

Das Wort hat nunmehr der Herr Reichstagsabgeordnete Geheimrat Kahl.

Geheimrat Prof. D. Dr. **Kahl:**

Deutsche! Zu einem letzten Appell für unser ewiges Recht auf Oberschlesien sind wir versammelt. An wen soll er sich richten? An unsere Deutschen nicht! Das wäre nicht nötig. Hier sind wir eins, hier bindet uns ein Glaube, eine Liebe, eine Hoffnung. Wir wenden uns an Die draußen, an die Neutralen, an die Alliierten, an Die, die vor der Weltgeschichte die Verantwortlichkeit für die Entscheidung zu tragen haben. An sie wendet sich auch mein kurzes Wort, von keiner anderen Leidenschaft getragen, als von der Glut der Ueberzeugung für unser gutes deutsches Recht! (Bravo!)

Freilich, klingt das nicht wie Hohn heute, wenn Deutsche vor der Welt sich auf ihr Recht berufen? Tausendmal haben Herz und Mund unser Recht hinausgeschrien, tausendmal ist der Schrei verhallt und war das Echo: Gewalt! Wahrlich, der Kurs des Rechtes ist heute in der Welt noch tiefer als der Kurs des Geldes. (Sehr richtig!) Aber dennoch verzweifeln wir nicht an

dem Ewigkeitsgedanken des Rechts. (Lebh. Bravo.) Schon das sollten unsere Feinde zu würdigen wissen, daß in dieser Frage alle, ohne Unterschied der Partei, eins sind, mag sie sonst in innerer oder äußerer Politik trennen, was da wolle. Wer auch nur geringes Verständnis hat für die innere Spannung der deutschen Parteiverhältnisse, muß sich wahrlich sagen: das muß schon eine Lebensfrage allerersten Ranges und eine auf unerschütterlichen Rechtstiteln beruhende Lebensfrage sein, in der sich alle deutschen Parteien, die die Verantwortlichkeit für den Bestand des Reiches und für die Einlösung deutschen Wortes in sich tragen, die Hand reichen. (Sehr richtig! und Bravo!) In den schwersten Entscheidungen, vor die unser Verhängnis uns gestellt hat, von dem Friedensvertrage an bis zu dem jüngsten Ultimatum sind wir verschiedene Wege gegangen. Hier aber gehen wir einen Weg. Im Namen aller dieser Vereinigten rufe ich den heute Allgewaltigen zu: Hand aufs Herz und ehrliche offene Antwort: Wäre am 20. März 1921 auch nur eine Stimme über die Hälfte für Polen abgegeben worden, würde dann nicht längst die Entscheidung, und zwar sofort, ohne jede Rede einer Teilung Oberschlesiens, zugunsten Polens gefallen sein? (Lebhafte Zustimmung.) Man hätte das ganze Oberschlesien an Polen gegeben. Man hätte sich dafür auf den Vertrag von Versailles — mit Recht! — berufen und hätte vor aller Welt festgestellt, ein gerechtes Urteil gesprochen zu haben. Wir aber, die wir fast eine Viertelmillion Stimmen mehr aufgebracht haben, noch viel mehr aufgebracht haben würden, falls die Volksabstimmung unbeeinflußt von Machenschaften gewesen wäre (lebhaftes Bravo), und frei von den Engen der Wahlrechtsbestimmungen hätte vor sich gehen können, — wir müssen bis zur endlichen Entscheidung durch ein Meer von Leiden, von Kämpfen und von Demütigungen gehen!

Die wenigen Minuten, die ich hier in Anspruch nehmen darf, will ich nicht mit Klagen und Anklagen ausfüllen und vergeuden. Nur die Gewissensfrage kurz: Hat man denn gar kein Verständnis dafür, wie das deutsche Volk bis zur Siedehitze empört sein muß, wenn in dem Augenblick, da es sich anschickt, die schwersten Opfer ehrlich zu bringen, ihm durch Verzögerungspolitik — denn anderes ist es nicht! — der Weg zu seinem Recht auf Oberschlesien verlegt wird?! Wenn trotz seines Erfüllungswillens und trotz seiner Erfüllungstaten die Vergewaltigungen, die man „Sanktionen" nennt (Pfuirufe), gegen den Vertrag in unseren westlichen Provinzen aufrechterhalten werden? Wenn diese Vergewaltigungen noch dazu durch die bewußt unwahre, heuchlerische Behauptung gestützt werden, als wolle man damit Deutschland selbst einen inneren Dienst erweisen (lebhafte Bewegung und Zurufe), indem man sein Reichskabinett stütze, während doch wahrlich jeder weiß, daß gerade die Aufrechterhaltung der Sanktionen ein Nagel zu seinem Sarge

werden könnte (sehr richtig!), und während wir alle darin übereinstimmen, daß es überhaupt gegenwärtig in Deutschland kein Kabinett geben kann, sei es zusammengesetzt aus welchen Parteien immer es wolle, welches nicht die Aufhebung der ungerechten Sanktionen zum A und O, zum ersten und letzten Punkt seines Programms aufstellte?! (Stürmischer Beifall.) Außer Frankreich haben wir alle Kulturvölker in diesem Punkte auf unserer Seite. Versteht man denn nicht unsere Empörung, wenn wir, die wir uns an Reparationen verbluten, sehen müssen, daß die, von denen wir vor Gottes und Rechtes wegen jetzt Reparation zu fordern hätten, die polnischen Insurgentenbanden, mit einer Amnestie begnadigt werden?! (Pfuirufe und Zustimmung.) Eine Amnestie wird dort gewährt, unter deren Schutz dem Bandenführer Korfanty (Pfuirufe), einem einstigen Abgeordneten des deutschen Reichstages, die Möglichkeit gegeben ist, vielleicht schon in wenig Tagen einen neuen Aufstand in Szene zu setzen, während der deutsche Selbstschutz des Generals Höfer nach deutscher, wiederum bewährter, Ehrlichkeit das Gebiet geräumt hat! Ich frage: ist das vielleicht das Recht und die Gerechtigkeit, die Briand glaubt unter groben Beschimpfungen bei unserem deutschen Reichsgericht vermissen zu müssen? (Rufe: Unerhört!) Ich denke, er und die anderen könnten sich, was Recht und Gerechtigkeit betrifft, ein Vorbild nehmen an der Pflichttreue und Objektivität des deutschen obersten Gerichtshofes. (Lebh. Beifall.) Aber ich lasse das beiseite.

Ueber allem Dunkel leuchtet die helle Klarheit unseres guten Rechtes auf Oberschlesien. Der Versailler Vertrag weiß nichts von einer Teilung Oberschlesiens. Von Grenzberichtigungen spricht er „nach wirtschaftlichen, geographischen, ethnographischen Gesichtspunkten". Die Einheit des Ganzen setzt er voraus. Er weiß nichts von einer gemeindeweisen oder bezirksweisen Zählung der Stimmen, von einer Scheidung nach Stadt oder nach Land. Täte er es aber, dann möchte ich in Erinnerung bringen, daß rein deutsche Gemeinden, in denen keine einzige polnische Stimme abgegeben worden ist, 89 waren, und daß rein polnische Gemeinden, d. h. solche, in denen keine deutsche Stimme abgegeben worden wäre, sich überhaupt nicht, auch nicht eine einzige, im Abstimmungsgebiet befanden. (Hört! Hört!)

Weiter aber! Wenn sie zweifeln an der Richtigkeit der Abstimmung, wohl dann: laßt uns doch noch einmal abstimmen! (Stürmische Zustimmung.) Und gebt uns dann freie Abstimmung! Laßt auch diejenigen mit abstimmen, die erst nach dem Jahre 1904 die Staatsangehörigkeit dort erworben haben! (Sehr richtig!) Laßt alle die abstimmen, die jetzt die Schandtaten der polnischen Insurgenten erlebt haben (erneute Zustimmung) und ich habe keinen Zweifel, wie die Abstimmung ausfallen wird!

Aber die Abstimmung hat überhaupt nicht erst unser gutes Recht hervorgebracht, sondern nur unser altes gutes Recht

bestätigt. (Sehr richtig!) Ich bringe voll in Anschlag die verschiedene geschichtliche Bewertung der Ereignisse je nach der Nationalität. Diese verschiedene geschichtliche Bewertung hat sogar ihre Berechtigung. Kein Volk kann mit vollkommener Unbefangenheit den Gang seiner eigenen Geschichte beurteilen, auch das deutsche nicht. Hier aber liegen sonnenklare weltgeschichtliche Beweisurkunden vor. Keiner der beiden entscheidenden Friedensschlüsse von 1742 und 1763 enthält ein Wort, auch nur eine Andeutung, über ältere Besitzrechte Polens. Natürlich! — denn als Oberschlesiens Schicksal in das Schicksal Preußens einmündete, da war es eben schon deutsches Kulturland seit dem 13. Jahrhundert, seit einem halben Jahrtausend. Vor dieser Zeit, von 999 bis 1163, liegen die Besitzjahre Polens. Schon römische Geschichtsschreiber haben das schlesische Gebiet zu dem germanischen Siedlungsgebiete gezählt. Vollends aber seit dem 13. Jahrhundert flossen ununterbrochen die Ströme und Gegenströme hin und her, die Ströme der Kolonisation, der Urbarmachung mit dem Pfluge, der Einwanderung aus Niedersachsen, aus Franken, aus Thüringen, die Gründung von Dörfern und Städten nach deutschem Recht. Seit dem 13. Jahrhundert wurde die deutsche Sprache die Kirchensprache, so daß man sagen kann: die förmliche Einverleibung Schlesiens in Preußen war nicht der Anfang, sondern die Fortsetzung einer um Jahrhunderte zurückliegenden Gemeinschaft. Und an alledem, was aus dieser Kulturarbeit heraus geworden und gewachsen ist, hat Polen niemals einen führenden Anteil gehabt, alle diese Erfolge waren und sind ausschließlich das Werk deutschen Fleißes, deutschen Kapitals, deutschen Unternehmungsgeistes.

Es ist natürlich, daß in der jetzigen schweren Zeit der unerschwinglichen Opfer und Lasten die materielle Frage Oberschlesiens bei uns in den Vordergrund tritt, die materiellen Werte uns besonders wichtig sind. Das ist begreiflich; denn buchstäblich, wie schon gesagt, handelt es sich dabei um Leben oder Sterben. Allein etwa 166 Milliarden Tonnen Kohlen mit einer Bedarfsdeckung von 1200 bis 1600 Jahren, — das sind freilich ungeheure Werte, das ist freilich ein Erbe, um das sich sogar ein Verbrechen sehr wohl lohnen möchte. Aber jeder weiß, daß das, was dort erschlossen worden ist, nicht Deutschland allein, sondern der ganzen Welt zugute gekommen ist, und daß es zugrunde gehen muß, wenn nicht der Schöpfer und Meister über das Ganze dieser Werke auch künftig seine Hand zu halten vermag. (Lebhaftes Bravo.) Von Erfüllung, von Reparationen ist dann ohnehin nicht mehr die Rede. Uns ist zu Mute, als ob man mit Gewalt uns wortbrüchig machen wollte. (Lebh. Zustimmung.) Nehmen sie Oberschlesien, nun wohl, dann mögen sie als Schatzgräber auf Leichenfeldern suchen. Unser deutscher Acker kann nur Frucht geben, wenn er mit Gerechtigkeit bestellt wird. (Erneuter Beifall.)

Aber um das Materielle handelt es sich nicht allein. Nicht Kohlen bloß und Eisenerz, nicht Blei- und Silberhütten allein binden uns an unser Schlesien und dieses an uns. Ueber alledem wölbt sich ein geistiger Oberbau, zu dem wir innerlich unzertrennbar durch jahrhundertelange gemeinsame Besitztümer der Kultur, durch nationales Bewußtsein, durch vaterländisches Erleben miteinander verbunden sind. In dem, was unsere Dichter aus Oberschlesien singen und denken, dichtet und denkt und sinnt und singt das ganze deutsche Volk und empfindet aus ihm sein eigenes Wesen, seine Heimattreue, seine Heimatliebe, findet sich in diesen Dichterklängen selbst. Das Gewissen der ganzen Welt rufe ich auf zur Entscheidung der Frage: Wäre eine Teilung zu rechtfertigen? Auf der einen Seite die Verantwortlichkeit des deutschen Mutterlandes, das, wenn es seine Ehre nicht preisgeben will, sein Kind schützen muß, auf der anderen Seite der feste, eiserne Wille der Oberschlesier selbst! (Bravo!) — der Oberschlesier, die ihre Treue bekundet haben und diese Treue bewahren wollen. Das wäre wahrlich ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, zu einer Zeit, an deren Anfang man gerade das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker zum staatenbildenden Prinzip der Zukunft machen will.

Die Schlußfrage! — Wenn aber nun doch das Ungeheuerliche geschähe?! Zunächst dies: Dann hätten es nicht bloß wir, nicht nur die Feinde, nein, die ganze Welt hätte es gleich uns am eigenen Leibe zu spüren; die vernünftige und fruchtbare Ausbeutung der reichen Bodenschätze wäre nicht nur in Frage gestellt, sie wäre vernichtet. Selbst wenn Polen die Fähigkeit und den guten Willen hätte, diese Ausbeutung sachgemäß zu betreiben, so ist die Konsolidierung seines Staatswesens entfernt noch nicht soweit vorgeschritten, daß irgendeine Bürgschaft für die Welt, für Europa gegeben wäre. Polen bleibt überhaupt den weltgeschichtlichen Beweis noch schuldig, daß es auf die Dauer sich als selbständiger Staat zu behaupten fähig ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Aber mehr noch: — es käme kein Friede auf Erden! (Sehr richtig!) Ich rede jetzt nicht von kriegerischen Angriffen, Wiedereroberungen und ähnlichem. Aber es gibt auch einen Kriegszustand ohne Waffen, der viel schrecklicher, viel nachhaltiger ist als der mit den Waffen. Das ist, wenn Haß, Haß, unerschöpflicher Haß, und wenn wirtschaftliche Not das Lebensmark der Nachbarvölker ausfressen und aushöhlen; das ist dann der Kirchhofsfriede. Da liegt die Verantwortlichkeit. Die Verantwortlichkeit mögen Die tragen, Die die Entscheidung haben. An ihr Gewissen, an ihre Einsicht, an ihre Menschlichkeit, an ihre Gerechtigkeit geht unser Schrei!

Euch Deutschen aber möchte ich zuletzt noch sagen: Seien wir stark! Werfen wir auch in diesen kritischen Stunden den Glauben und die Hoffnung noch nicht weg! Kämpfen wir mit Würde und Besonnenheit bis zum letzten Augenblick um unser gutes Recht! Ver-

trauen wir dem Ausspruch des großen griechischen Weltweisen: „Es hätte keinen Sinn mehr, daß Menschen auf Erden leben, wenn die Gerechtigkeit unterginge." Vertrauen wir, daß um Polens und Frankreichs willen die weltgeschichtliche Gerechtigkeit ihren Sinn nicht verlieren werde. Dieser Sinn der weltgeschichtlichen Gerechtigkeit aber ist und kann kein anderer sein als der: Oberschlesien ehemals, heute und darum immer, ungeteilt bei seiner deutschen Mutter! (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Prof. Dr. **von Harnack:**

Wiederum brauche ich dem Redner nicht besonders zu danken. Es genügt, was Sie gehört haben, dem ich mich voll anschließe.

Das Wort hat nunmehr Herr Dr. Herschel. Wir haben die Freude, in ihm einen Abgeordneten für Oberschlesien zu begrüßen. (Lebhaftes Bravo.)

Reichstagsabgeordneter Dr. **Herschel:**

Hochansehnliche Versammlung! Wenn ich die Ehre habe, vor dieser gewaltigen und erlesenen Versammlung als Sohn und Vertreter des Landes von Kohle und Eisen zu sprechen, dann darf ich Ihnen aus Oberschlesien dreierlei bringen: einen Dank, einen Gruß und eine Bitte.

Einen D a n k dafür, daß Sie dieses Zeichen lebendiger und warmer Anteilnahme in der Stunde völkischer Not uns gegeben haben! Einen Dank dafür, daß die Opferwilligkeit sich ohne Unterschied der Gesellschaftsklasse, des Bekenntnisses und der politischen Partei für Oberschlesien geregt und betätigt hat! Einen Dank aber auch an diejenigen aus meiner Heimat, die von hier zur Abstimmung gekommen sind, ziemt es sich hier auszusprechen (lebhaftes Bravo!), endlich den Oberschlesiern, die beim Selbstschutz für die Heimat geblutet haben; denn: keiner hat größere Liebe und Treue, als der sein Leben hingibt für seine Brüder. (Erneuter Beifall.)

Wenn ich noch einen Dank aussprechen darf, so ist es der dafür, daß hier die Stimmen schweigen, die uns sonst trennen mögen. „Jetzt ist nicht Zeit zu wühlen! Zu zweit steht die Partei. Jetzt ist es Zeit zu fühlen, daß eins das Höchste sei: das Land, das uns geboren, draus Leib und Seel entstand, das heilige, das große, das deutsche Vaterland!" (Stürmischer Beifall.)

Und ich bringe Ihnen, meine Verehrten, einen G r u ß aus dem Lande, das mit sehnender Seele sagt: „Wir wollen Deutsche, Deutsche, Deutsche sein!", aus dem Lande, das zweimal gesiegt hat aus eigener Kraft: im Mai 1919, als es sich damals darum handelte, den ersten Vertragsentwurf zu beseitigen, der es ohne Befragung an Polen ausliefern sollte. Da fanden die gewaltigen Kundgebungen in Kattowitz und Beuthen und in all' den anderen Städten des Industriebezirks statt. Da sagten

die Engländer selbst: Das ist die wahre Stimme des Volkes; und so kam es zur Volksbefragung, über die die Franzosen heute sehr geteilter Meinung sind. In dem Briefe eines französischen Geschichtsprofessors an die Handelskammer in Breslau als Antwort auf ihre Denkschrift über die oberschlesische Frage steht ein Satz: Jeder soll sein Land nach freiem Willen küren! und in demselben Brief heißt es: Es war der größte Fehler, daß überhaupt Oberschlesien nicht sofort den Polen überantwortet worden ist. (Hört! Hört!) — Das zweite Mal haben wir gesiegt am 20. März 1921, trotz des Abstimmungsreglements, trotz des Terrors, trotz der Ausschließung aller derjenigen, die seit dem 1. Januar 1904 nicht ununterbrochen in Oberschesien gewesen sind. So kann man denn den Satz umdrehen, den die Polen einst fanden, als sie sagten, ein auf der Durchreise in Oberschlesien geborenes Zigeunerkind habe mehr Recht als diejenigen, die dort für das Land gearbeitet haben. Ich frage: soll der, der im Alter von 2 bis 3 Monaten mit seinen Eltern ausgewandert ist, mehr Recht haben als derjenige, der seit Juli 1904 dort gewesen ist und wirtschaftlich und kulturell unendlich für die Hebung des Landes gearbeitet hat? (Lebhafte Zustimmung.)

Nun aber, meine Verehrten, kommt an Sie die Bitte; denn nun kommt der dritte, der entscheidende Kampf, in dem wir uns nicht allein helfen können: das ist der diplomatische Kampf, der sich bald oder in einem Monat in Boulogne, London oder Paris abspielen wird. Wir können unsern Volksgenossen nur noch zurufen: werdet nicht müde; helft uns in diesem Kampfe! Werft euer ganzes Gewicht in die Wagschale, damit sie sich senke für das einige und das ungeteilte deutsche Oberschlesien. (Langanhaltender Beifall.)

Meine Damen und Herren! Oberschlesien ist die deutsche Schicksalsfrage. Wenn wir Oberschlesien verlieren, verlieren wir den Krieg zum zweiten Male. (Zuruf: Das wird keine Regierung überleben!) Wenn Oberschlesien verloren geht, dann verhungert und erfriert der Osten. Wenn Oberschlesien verloren geht, kommt Arbeitslosigkeit in nie geahntem Umfange. Wenn Oberschlesien verloren geht, dann kann kein Dampfpflug mehr gehen, dann kann mit Dampf nicht mehr gedroschen werden, dann verhungern zuerst die großen Städte im Lande, denn dann stockt der Verkehr. Wir alle haben in Breslau gesehen, was die oberschlesischen Wirren für unendlich traurige Folgen hatten. (Ein Teilnehmer an der Versammlung sucht durch Zwischenrufe zu stören. Der Vorsitzende mahnt zur Ruhe.) — Meine Verehrten! Es können nur ganz wenige sein, die hier stören wollen, und die wenigen sind sicher keine Oberschlesier! (Sehr gut! und Bravo!)

Ich habe eine begrenztere Aufgabe als meine Vorredner. Es ist ja aus beredterem Munde schon dargelegt worden, welche politischen Zusammenhänge, welche großen moralischen Fragen hier aufgerollt werden. Ich will ihnen nur mit schlichten Worten sagen, was wir gelitten haben, was

wir leiden, aber auch was wir in Oberschlesien hoffen und fordern. (Bravo!) Man kann sagen, daß seit den Zeiten, wo ein Grimmelshausen seinen „Simplizius Simplizissimus" geschrieben hat, solche Greuel, wie sie dort vorgekommen sind, auf deutscher Erde, ja überhaupt auf bewohnter Erde, noch nicht gesehen wurden. Es hat einmal ein scherzhafter Mann — man macht ja über alles Witze, auch wenn die Dinge noch so furchtbar ernst sind — gesagt: In Oberschlesien sind in diesen letzten Wochen alle Paragraphen des Strafgesetzbuches verletzt worden, nur ein einziger nicht, der von der Piraterie oder dem Seeraub handelt, dieser aber bloß deshalb nicht, weil wir an keiner Wasserkante liegen. (Heitere Zustimmung.) Aber sonst darf ich Sie versichern, alles, was es da an Verbrechen gegen Leib und Leben, gegen die Ehre, auch gegen die von Frauen, gegen das Eigentum gibt, das ist dort in Oberschlesien furchtbares Ereignis geworden. Mord und Totschlag, Diebstahl, Raub, Plünderung, Landfriedensbruch, Nötigung und Erpressung — wer könnte alles aufzählen, was sich dort in zwei furchtbaren Monaten zusammengedrängt hat, wo Oberschlesien uns wie eine Nacht ohne Morgenrot schien.

Meine Verehrten! Sie könnten sagen: Der da spricht, er ist Partei; denn er spricht in eigener Sache. — Aber ich will zwei reden lassen, die unparteiisch sind: das ist das Ausland, bis auf gewisse Ausnahmen, und das Lichtbild. Große italienische Blätter, der „Corriere della Sera" z. B., haben von einer oberschlesischen „Hölle" gesprochen, und wahrhaftig, dort haben sich Bilder abgespielt, die in einem Inferno Dantes nicht übertroffen worden sind, weil sie nicht übertroffen werden können. Die englische Presse, insbesondere die liberale, so der „Manchester Guardian", hat eingehende Berichte über diese schaudervollen Zustände gebracht. Eine mutige Frau aus Amerika, Miß Beveridge, hielt Tausende von Zuhörerinnen in ihrem Bann, als sie im Konzerthause zu Breslau über diese Greuel sprach. Ein holländischer Berichterstatter prägte das Wort vom „vorbereitenden Terror" vor der Abstimmung. Das Kopenhagener Blatt „Politiken" brachte wahre erschütternde Bilder vom Aufstande und zeigte, daß die Polen die Schuldigen sind.

Aber noch einer hat seine Stimme erhoben, gewaltig und stark war diese Stimme kraft seiner Sendung, das war der apostolische Kommissar Dr. Johannes Ogno Sera. Er hat ein Hirtenwort an Oberschlesien erlassen und hat gesagt, daß in diesen letzten zwei Monaten Oberschlesien, das er noch als ein frommes, blühendes und friedfertiges Land gekannt hat, in eine Art Wüste verwandelt, in einen furchtbaren Zustand gebracht worden ist. Das war ein Mann, der mit priesterlicher Milde, aber mit wahrhaft apostolischem Freimut nicht Menschen verurteilt, aber Taten, und darin liegt das Große dieses Hirtenschreibens, daß eben die Taten, die da gegeißelt werden, begangen worden sind von den Insurgenten und unter Führung desjenigen, wie mein verehrter Herr Vorredner so richtig gesagt hat,

der als geistiger Urheber frei in Oberschlesien weiter bleiben darf, des Herrn Korfanty. (Protestrufe und Unruhe.)

Meine Damen und Herren! Das Buch, das das Auswärtige Amt herausgegeben hat, zeigt ja deutlicher als lange Worte es könnten, in Bildern, was sich in Oberschlesien alles abgespielt hat. Der Selbstschutz, die Apo, die Lehrer, die Förster und die Heimattreuen auf dem Lande, sie sind hauptsächlich die Opfer gewesen. Es hat ja keinen Zweck, daß ich Ihnen hier Greuel im einzelnen darlege! Sehen Sie sich diese Bilder an — das Buch wird ja weiter verbreitet werden — und Sie werden sagen: man hält es für unmöglich, daß in einem Jahrhundert der Kultur, vor allen Dingen aber in einem Lande, dem man Freiheit und Gerechtigkeit versprochen hat, solche Greuel obwalten können. Die Freiheit — das sind die Mordtaten, und die Gerechtigkeit — das ist die Amnestie, die Oberschlesien jetzt bekommen hat. (Zustimmung.) Und sehen Sie die zerstörten Kirchen! Die Polen haben gesagt, sie seien ein frommes Volk, und die Kirche von Alt-Kosel ist in barbarischer Weise verwüstet worden. Schauen Sie diese sinnlose Vernichtung von wirtschaftlichen Werten an, wie die der Kalkwerke im Kreise Groß-Strehlitz! Sehen Sie, wie der Haß gegen den Großgrundbesitz sich in der Zerstörung der Schlösser Kalinow, Stubendorff und anderer sich auswirkt! Sehen Sie aber auch — und das ist noch charakteristischer! — wie man auch das Heim des kleinen Mannes verwüstet und ihm und den Seinen das kleine Glück genommen hat, das er sich in harter Hände Arbeit mit seiner Frau und seinen Kindern errichtet hat! Da reden wir nicht mehr als Deutsche, da spricht nur noch die Stimme der Menschlichkeit. Ich glaube, wenn es noch etwas gibt, das wie eine Welt heißt, dann muß diese Stimme gehört werden. (Bravo!)

Meine Verehrten! Ich komme zum Schluß. Gestern hatten wir in Oberschlesien eine Entfaltung militärischer Machtmittel: es war der 14. Juli, der französische Nationalfeiertag. (Zurufe.) Die Tanks fuhren auf, große Paraden fanden statt. Ich glaube, die Versammlung, die wir neulich in Breslau hatten, als der Kanzler des Deutschen Reiches zu uns sprach, sie war friedlicher. Wir haben es begrüßt, daß die deutsche Regierung jemanden schickte, der an ragender Stelle das entgegennehmen konnte, was Oberschlesien fordert. Das wiederhole ich hier angesichts der Welt.

Wir wollen, daß die Selbstbestimmung geachtet wird, die uns eine $^{6}/_{3}$-Mehrheit gegeben hat. Wir wollen, daß, wenn das Ergebnis gemeindeweise festgestellt wird, beachtet wird, daß 683 deutsche Gemeinden mehr sind wie 597 polnische, und vor allem, daß ein großer Industrieort mit 100 000 Einwohnern anders gewertet werden muß wie ein kleines Walddorf von 200 oder 300 Seelen. (Sehr richtig!) Wir wollen aber auch, daß der Terror, der voranging und der nicht von deutscher Seite verübt wurde, entsprechend gewertet wird als Moment zu unseren Gunsten. Ja, wenn man jetzt im „Temps"

und in ähnlichen Blättern liest, dann sieht es fast so aus, als ob die Deutschen die ganze Abstimmung gefälscht, als ob sie mit schlimmstem Terror die armen Polen, die ohne Organisation, ohne Hilfe, ohne Geld waren (Lachen), vergewaltigt haben. „Ueber der Beschreibung vergesse ich den ganzen Krieg", sagte Wallenstein einmal. Das Empfinden hatte ich, als ich diese Schilderung des Herrn Oberstleutnant Reboul, der bezeichnenderweise in Sosnowice jenseits der Grenze, ganze nahe dem bisherigen Standorte Korfantys, lebt, las. Der Wahrheit muß eine Gasse gebahnt werden, — dann, dann erst wird unsere Stimme, die hier so gewaltig widerhallt, über diesen Raum heraustönen. Nicht das Strohfeuer der Begeisterung, nicht dieses allein, will ich sagen, sondern die zähe, nüchterne Aufklärungsweise bei denen, die nach dem Friedensvertrage zu bestimmen haben, müssen dazu führen, daß für uns nicht nur das geschichtliche Recht, nicht bloß die wirtschaftlichen Zusammenhänge, nicht bloß der Wunsch der Bevölkerung, sondern ich möchte sagen, das gute Recht, die Menschlichkeit, mit einem Wort, die uns am 28. Januar 1920 so pomphaft versprochene Freiheit und Gerechtigkeit sprechen.

Da steht vor meinen Augen jene gewaltige Kundgebung zu Breslau, die der heutigen ähnelte, als wir damals den gewaltigen Abstimmungssieg in Ostpreußen feierten. Es war im Juli 1920! In der größten Halle der Welt, mit einer Orgel, die wie Donner brausen und in süßen Liebestönen flüstern kann, hatten sich 15- bis 20 000 Menschen versammelt. Eine schöne Baritonstimme klang mit den Tönen der Orgel über die Menge, und der Sänger sang: „Ich hatte einst ein schönes Vaterland. Da liegt mein Saitenspiel, — ich habs zerschlagen. Wenn sie mich draußen nach der Heimat fragen, ich winke müde, müde mit der Hand, ich sage abgespannt: ich hatte einst ein schönes Vaterland." Und die Tausende hatten sich erhoben; Frauen weinten und auch ernste Männer hatten etwas im Auge, von dem unser großer verehrter Dichter Gerhart Hauptmann in der „Versunkenen Glocke" gesagt hat: das Schönste, worüber Menschen gebieten, sei eine Träne. Dann sang der Sänger weiter: „Wir hatten einst ein schönes Vaterland. Wer wollte noch mit Stolz von Deutschland sprechen. Der Gram will uns das Herz zerbrechen. Ich lehn' den grauen Kopf an fremde Wand. Ich fasse meines Kindes Hand. Wir hatten einst ein schönes Vaterland." Aber das Lied endet nicht so, und so, wie es endet, soll unsere Stimmung sein! Der Dichter schließt: „Und dennoch lieb ich dich, du deutsches Land. Steh auf, mein Kind, für Deutschland sollst du leben, um die zertret'ne Heimat aufzuheben. Deutsch sind wir beide, offen seis bekannt, trotz Schmach und Not und Schand: Wir haben noch ein schönes deutsches Vaterland!"

(Minutenlanger, stets wieder neu einsetzender Beifall.)

Vorsitzender Prof. Dr. von Harnack:

Der Dank für die erschütternden und so erhebenden Mitteilungen ist in großartiger Weise erfolgt, — ich bin überzeugt, daß der verehrte Herr Redner, wenn er in seine engere Heimat zurückkehrt, auch seinerseits von diesem Eindruck erhoben bleibt. (Dr. Herschel: Hingerissen!)

Ich gebe nun das Wort dem Reichstagsabgeordneten Herrn Professor Hoetzsch.

Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Hoetzsch:

Meine hochverehrten Damen und Herren! „In dem Lande zwischen den Vogesen und der Weichsel — so hat ein deutscher Dichter vor 50 Jahren geschrieben — herrscht ein ewiger Werkeltag, dampft es unausgesetzt wie frischgepflügter Acker und trägt jeder Blitz, der aus dem fruchtbaren Schwaden emporschlägt, einen Erdgeruch an sich, den uns der Herrgott endlich, endlich gesegnen möge!" Kann man, meine Freunde, schöner von des deutschen Volkes Arbeit sprechen, kann man besser des deutschen Volkes Sehnsucht nach Arbeit, von deutscher Arbeitswut, möchte ich sagen, sprechen, wie der Dichter, und können wir erbitterter solche Worte anklingen lassen, wenn uns heute die Feinde diese Arbeit nicht gestatten! Zwischen Vogesen und Weichsel — — Ja, der Friedensvertrag hat im West und Ost Gebiete von uns gerissen. Nicht friedliche Arbeit, — Sklavenarbeit fordert er von uns und denen, die nach uns kommen. Im Westen die Sanktionen, im Osten Oberschlesien, offene Wunden am Körper unseres Volkes!

Wir sind hier zusammengekommen zur Kundgebung für Oberschlesien, und zwar die Parteien des Reichstages Schulter an Schulter. Eben sagte es mein verehrter Kollege Herschel: Nicht eine Sache der Partei, eine Sache des Volkes ist es, um die es sich hier handelt, eines Volkes, das von den anderen sein Recht fordert. Von diesem Recht sprechen die Redner, die zu solch machtvollen Versammlungen sprechen, und in allem weiß ich mich für meine Partei darin eins und schließe mich dem an. Aber nicht nur das!

Darf ich ein paar Sätze sagen als ein Mann, der das Studium östlicher Sprachen nud östlicher Geschichte zu seiner Lebensaufgabe gemacht hat, aus der Geschichte dieses Rechts. Weder geschichtlich noch national haben die Polen ein Recht auf dieses Land, um dessen Schicksal jetzt die Würfel fallen. Gewiß, meine Freunde, wir wissen, daß zu Beginn ein polnischer Fürst dieses Land seinem Staate einfügte. Aber noch war aus diesen Stämmen an Weichsel und Warthe und Oder nicht ein polnisches Volk und polnische Sprache entstanden, und die Slawen an der oberen Oder waren und sind so wenig Polen wie droben die Kaschuben bei Danzig, wie

drüben die Masuren im östlichen Preußen. (Zustimmung.) Und seitdem dort 1163 Friedrich Barbarossa dies Land vom polnischen Staate löste, hat niemals wieder Polen darauf Anspruch erheben können und dürfen. Deutsch wurde es, deutsch in seinen Städten und Dörfern, deutsch in seiner Kultur, deutsch die Fürstenhöfe von Breslau und Brieg, von Wohlau und Ratibor und Oppeln. Lesen Sie es nach, wie es einer der besten Oberschlesier, Gustav Freytag, in seinen „Bildern aus der deutschen Vergangenheit" beschrieben hat, wie das Land der Oder deutsch wurde in Land und Stadt.

Wir wissen auch, daß dieser Strom des Deutschtums nach der oberen Oder, in dieses Land von Wald und Gebirge nicht so stark eindrang. Die Städte sind deutsch: Beuthen, Gleiwitz und andere Städte, schon im 13. Jahrhundert kommen sie vor als deutsche Städtegründungen. Deutsch die Kultur, deutsch das Rittertum, deutsch die Fürstenhöfe von Ratibor und Oppeln. Aber neben den deutschen Bauern, die heute links der Oder als Nachkommen jener Einwanderer siedeln, blieben jene Slawen sitzen, die mit Polen nichts als eine lose Verwandtschaft gemein hatten. (Sehr richtig!) Und seit der Zeit, als dann Friedrich der Große dieses Land, das mit einem Male durch die gefundene Kohle reich wurde, in sein Preußen eingliederte, haben die besten Kräfte des preußischen Beamtentums und der Zusammenhang mit dem Deutschen Reiche dieses Oberschlesiertum deutscher und deutscher gemacht, nicht nur reicher an Gütern der Wirtschaft, sondern auch reicher an Gütern der Kultur.

Vor dem Kriege haben wir um die Seele dieses Oberschlesiertums gekämpft und gerungen, und diesen Kampf um die Seele der Bevölkerung führte das Deutschtum gegen wen? Gegen jene polnischen Agitatoren, die aus Posen und Krakau ins Land kamen, durch deren Schuld der nationale Hader und Gegensatz in diesem Lande überhaupt erst entfesselt worden ist. Wo kamen sie denn her, Herr Adam Napieralski, Herr Seyda und die anderen, bis allerdings zuletzt ein gebürtiger Oberschlesier, Herr Korfanty, die Früchte dieser großpolnischen Hetze ernten konnte, — er, den wir ja aus dem früheren deutschen Reichstage kennen, von dem wir wissen, wie er dachte, als der Krieg ausbrach, er, der heute unter dem frechen Bruch von Recht und Ordnung an der Spitze dieses Insurgentengesindels in Oberschlesien steht. Von großpolnischen Agitatoren wurde die Feindschaft in das Land hineingetragen, und wir mußten in diesem Kampfe der Nationalitäten um die nichtdeutschen Oberschlesier ringen. Meine Ueberzeugung war es und bleibt es: wäre Friede in unserem deutschen Vaterlande geblieben, wäre diese Arbeit im Kampfe um die Seele dieser slawischen Oberschlesier friedlich und zielbewußt fortgesetzt worden, dann hätte die deutsche Kultur gesiegt, und dann hätte diese polnische Hetze die Segel streichen müssen. Das, meine

Freunde, ist in wenigen Sätzen, was die Geschichte uns lehrt. Weder geschichtlich noch völkisch haben die Polen ein Recht auf dieses Land der oberen Oder, und ich fordere die polnischen Historiker und Politiker auf, die mit ihren Karten und Statistiken die Pariser Konferenz — ich sage höflich: bedient haben (Heiterkeit) und bedienen, um im Sinne Polens das Schicksal Oberschlesiens zu wenden, zu widerlegen, ob nicht das, was ich eben sagte, lautere geschichtliche Wahrheit ist!

So stehen wir in einem guten Kampfe für das geschichtliche und für das nationale Recht in diesem schwer bedrängten Lande. Und noch eines! Wer von Ihnen in Oberschlesien und in Schlesien daheim ist, der weiß: Wald und Berg und Ebene, zusammengehalten durch den Lauf der Oder, — von der Mutter Natur ist es zu einer Einheit bestimmt. „Ein seltsam schönes, hervorragendes Ganze", so hat Goethe dieses Schlesien genannt, auch Oberschlesien, in dem er als Dichter und Erforscher der Natur gewandert ist.

Diese naturgegebene Einheit hat dann die Wirtschaft zu einem Bestandteil unseres Wirtschaftskörpers gemacht. Und wieder frage ich Sie, die Sie dort zu Hause sind: Hängt dort nicht alles mit allen Fäden seines Seins, nicht nur den geistigen und seelischen Fäden, sondern auch den wirtschaftlichen Fäden an unserem deutschen Vaterlande und seiner Wirtschaft? Kohle und Erz, die Wege des Verkehrs, die Mittel des Kredits — wohin Sie schauen, was da von deutscher Schaffenskraft, vom Fleiße deutscher und ihnen anschließend slawischer, nicht polnischer Arbeiter geschaffen ist, es hängt aufs engste mit unserer Wirtschaft zusammen, es ist auf Gedeih und Verderb mit unserer Wirtschaft verbunden. Die große Rolle, die Oberschlesien beim Wiederaufbau der Wirtschaft zu spielen hat, kann es nur spielen im Zusammenhang mit uns. Schon eben wurde gesagt: was Kohle ist und Kohle bedeutet, das weiß jeder von uns, das weiß jeder auf der anderen Seite. (Zuruf: Polnische Wirtschaft!) Es ist nicht gleichgültig, ob die 46 Millionen Tonnen, die Oberschlesien in Friedensjahren produzierte, unvermindert in den Wiederaufbau der deutschen, der europäischen, der Weltwirtschaft eingestellt werden. Herr Briand hat selbst gesagt, er zweifle, ob unter polnischer Herrschaft dieses oberschlesische Gebiet seine industrielle Leistungsfähigkeit bewahren würde. (Hört! hört!) Wir zweifeln auch daran. (Sehr richtig!) Noch mehr! Wir glauben nicht daran, daß unter polnischer Herrschaft und polnischer Wirtschaft dieses Juwel deutscher Wirtschaft in seinem Werte für die Wirtschaft der Welt erhalten bleiben könne. Wo sind denn die Organisatoren und die technischen Kräfte drüben, ich möchte sagen: in diesem zusammengehauenen polnischen Staate! Wo sind denn die wirtschaftlichen Fähigkeiten? Schaudernd denken wir zum Beispiel daran, was würde, wenn dann die polnische Währung, die nur drei Pfennig der deutschen Mark ausmacht, eingeführt und auf dieses verwickelte Wirtschaftsgebiet über-

tragen würde. Wo sind denn die Absatzmöglichkeiten und die Verkehrswege nach Osten, wenn die nach Westen zerschnitten würden? Wo ist der Schutz der Minderheiten, der für die Deutschen nötig wäre, die dann in den polnischen Staat übertragen würden? Das Minderheitsabkommen hat Polen unterschrieben, das die Entente ihm auferlegt hat. Aber wir sehen nach Posen, wir blicken auf das Schicksal der deutschen Ansiedler, der deutschen Domänenpächter dort. Wir wissen, was unseren deutschen Brüdern und Schwestern unter dem Szepter eines polnischen Staates und seiner Wirtschaft blühen würde. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wissen, daß dieses Wirtschaftsgebiet seinem Ruin entgegengehen würde, wenn es dem polnischen Staate angegliedert würde. Und können wie die Erregung, die Leidenschaft, die Erbitterung in uns bekämpfen, wenn wir auf die Brutalitäten und Gewalttaten hinschauen, wie sie Ihnen eben geschildert wurden, wenn wir aus dem Munde deutscher Frauen hören, die in der Roten-Kreuz-Kommission im Internierungslager von Neuberun unsere Brüder und Schwestern gesehen haben, wo — ich weiß, was ich sage! — die bewußte und absichtliche Grausamkeit polnischen Insurgentengesindels wehrlose deutsche Volksgenossen, Männer und Jünglinge, zu Tode gequält hat. (Entrüstete Rufe: Pfui! und Bewegung.) Das war zu der gleichen Zeit, wo die polnische Kommission sich in unserem Internierungslager bei Kottbus davon überzeugen konnte, wie jedem Anspruch auf gute Behandlung gerecht geworden war, wie jedermann sein Bett hatte; und die Sorglichkeit der deutschen Verwaltung hatte sogar dafür gesorgt, daß jedem polnischen Internierten ein Stück Seife zur Verfügung stand. (Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Eine neue Bühne hat sich im Osten aufgetan. Oesterreich zusammengebrochen, Rußland, die Türkei desgleichen! Die ganze slawische Welt ist in Gärung und neuer Bildung. Auch hier sind wir gerecht, meine Freunde! So sehr wir unser Recht fordern und unseren nationalen Staat, die Vereinigung aller unserer Volksgenossen in einem deutschen Staate fordern, so sehr erkennen wir auch an, daß dieses gleiche Recht auch den slawischen Völkern im Süden und Osten von uns zusteht. Nur mit Vergewaltigung deutscher Volksgenossen, deutscher Lebensbedürfnisse darf solcher Staatsgedanke slawischer Nationalitäten nicht ins Leben treten. (Zustimmung.)

Wer möchte nicht wünschen, meine Freunde, daß friedliche Beziehungen zwischen uns und dem polnischen Volke möglich seien. Wirtschaftlich ist dieser Staat, wenn er sich halten kann, auf Deutschland angewiesen. Wie könnte das anders sein! Kulturell haben die beiden Völker, die Deutschen und die doch auch zu Mitteleuropa gehörenden Polen, einander viel zu geben. Wer möchte nicht im Interesse des Friedens und der Arbeit im östlichen Europa wünschen, daß friedliche Beziehungen zwischen Deutschen und Polen

möglich wären. (Zurufe: Dann müssen sie Posen und Westpreußen zurückgeben! — Zustimmung.) Es gibt keine Ruhe für Polen ohne friedliche Beziehungen zu Deutschland. Diese friedlichen Beziehungen zu Deutschland sind Polen aber nicht möglich, solange — der Zwischenruf war ganz richtig! — Millionen deutscher Volksgenossen an der Warthe und unteren Weichsel von uns losgerissen sind. Friedliche Beziehungen zu Polen sind nicht möglich, wenn den anderen Hunderttausenden deutscher Volksgenossen an der oberen Oder dasselbe Schicksal drohen sollte, und wenn Oberschlesien, dieses Juwel an unserem Wirtschaftskörper, mit Vergewaltigung des Rechtes und der Gerechtigkeit von uns losgerissen würde. Es wäre eine Wunde, die sich nicht schließen würde. Es würde dort eine Flut von Haß aufbranden. Die politischen Kreise, die ich vertrete, auch die Fraktionen, in deren Namen ich spreche, hoffen, daß dem nicht so sein werde. Wir erwarten, daß der Schiedsspruch des Obersten Rats, der jetzt vielleicht in die Nähe gerückt ist, im Sinne des Rechts fallen möge, und daß dieser Schiedsspruch dann den Frieden im östlichen Europa anbahnen möge, daß er unserem Volke die Möglichkeit zu jener Arbeit geben möge, von der ich eingangs mit einem Dichterworte sprach.

Euch aber, Euch oberschlesischen Brüdern und Schwestern, die Ihr dort leidet unter der Brutalität der Polen, die Ihr leidet unter der beabsichtigten Schwäche der überwachenden Entente (sehr richtig!), Euch rufe ich zu: Möget Ihr arbeiten auf dem Acker gesegneter Gebreiten oder im Schacht und in der Hütte, zu fördern die Kohle und das Erz — wir können Euch heute nicht beistehen gegen die Gewalttat und Vergewaltigung, wir können noch nicht wieder als mächtiger Staat Euch gegen Gewalttaten schützen, die Euch vielleicht drohen, aber unser Sehnen, unser Hoffen, Wünschen und Tun geht um Euch! (Bravo!) Und wir wollen helfen, was wir können, damit Ihr bei uns bleibt zum gemeinsamen Wiederaufbau unseres deutschen Vaterlandes.

Wälder rauschen, Ströme brausen, Kraft und Mark,
uralter Klang!
Oberschlesien, deutscher Boden, bleib uns deutsch, trotz
Sturm und Drang!

(Stürmischer, lange andauernder Beifall.)

Vorsitzender Prof. Dr. **von Harnack**:

Mit Ihnen, meine verehrten Damen und Herren, habe ich mich besonders gefreut, in dieser Rede die historischen Zusammenhänge und die historische Grundlage zu finden, auf welcher unser Recht und unsere Gerechtigekit beruht.

Bevor ich nun das Wort Herrn Minister Dr. Köster gebe, habe ich ein Telegramm der Christlichen Gewerkschaften in Oberschlesien zu verlesen, welches ich für diese Versammlung erhalten habe.

Telegramm.

Sämtliche Staatsmänner der Entente haben erklärt, daß die oberschlesische Frage ein Problem der Gerechtigkeit ist. Während aber England und Italien eine gerechte Lösung der Frage fordern, spricht Frankreich von einer gerechten „Teilung". (Aha! und Hört!-Hört!-Rufe.) Wennn sich nun die Entente auf den Standpunkt stellen sollte, daß ein als Einheit zusammengehöriges Volk aus Gerechtigkeitsprinzipien geteilt werden muß, falls in einzelnen örtlichen Bezirken anders gerichtete Sprachmehrheiten vorhanden sind, so fordern wir vor der ganzen Welt dieselbe Gerechtigkeit für Elsaß-Lothringen, für Posen (langanhaltende Beifallskundgebungen), für die ohne Abstimmung abgetretenen Gebiete Westpreußens und für das Hultschinerländchen. (Stürmischer Beifall.)

Ich erteile nunmeht das Wort dem Herrn Minister Dr. Köster.

Reichsminister a. D. Reichstagsabgeordneter **Dr. Köster:**

Meine Damen und Herren! Wenn ich hier für die Sozialdemokratische Partei und Fraktion einige Worte zu der oberschlesischen Frage sage, so hat das seine besonderen Gründe. Denn für die Hunderttausende von oberschlesischen Arbeitern, die vor und nach der Abstimmung treu zu Deutschland gestanden haben (bravo!), bedeutet die Frage einer eventuellen Abtretung Oberschlesiens an Polen die Frage, ob sie aus einem Staate höchster wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Ordnung hinab- und hinuntergestoßen werden sollen in einen Staat sozialer und wirtschaftlicher Ordnung, die Ihnen heute abend hier zur Genüge geschildert worden ist. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Gewiß ist die oberschlesische Frage zuerst und zuletzt eine Rechtsfrage. Aber bei der ungeheuren Bedeutung, die dieses Gebiet für die Wirtschaft nicht nur Deutschlands, sondern Europas hat, ist es ganz selbstverständlich, daß keine Entscheidung getroffen werden kann, ohne daß jene hohen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte zur Geltung kommen, die den Hunderttausenden von Arbeitern dort unten am nächsten liegen. Warum haben diese Hunderttausende für Deutschland gestimmt? — Ganz sicher aus der selbstverständlichen Tatsache ihres selbstverständlichen Nationalgefühls, aber zugleich doch darum, weil sie wußten, daß dieses Deutschland, das hinter ihnen stand, trotz seines wirtschaftlichen Elends, zerdrückt und zertreten, doch aus diesem Elend heraus neue Rechtsformen für die Arbeiterschaft, für die große Masse gefunden hat, die kein Staat der Sieger bisher aus sich heraus geschaffen hat. (Bravo!) Weil dem so ist, darum ist die Frage Oberschlesiens für die Arbeiter die Frage: was wird aus uns? Werden wir wirklich in dieses Elend hinuntergestoßen? (Zurufe.)

Meine Damen und Herren! Die Frage, was denn der neue polnische Staat diesen Arbeitern an wirtschaftlicher und sozialer Ordnung zu bieten hat, aufwerfen, heißt sie beantworten. Dieses Polen ist heute schon politisch eine reine Konstruktion, die in der Luft hängt, von der selbst diejenigen nicht sagen können, daß sie hält, die mit mir der Ueberzeugung sind, daß für die Beruhigung der ganzen Ostfragen die Existenz eines polnischen Staats wünschenswert ist. Wirtschaftlich steckt dieser Staat in den Kinderschuhen, und jeder wird es verstehen, daß den Arbeitern dort unten in Oberschlesien angesichts dieser Tatsachen die Frage ihrer wirtschaftlichen und sozialen Zukunft augenblicklich ganz besonders am Herzen liegt.

Wir erwarten, daß die Grenzziehung, die vielleicht jetzt bevorsteht, auf diese wichtigen Gesichtspunkte Rücksicht nimmt; denn wir halten es wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch für einen Wahnsinn, nicht nur vom deutschen, auch vom europäischen Standpunkt aus, daß man einfach Hunderttausende von Arbeitern, geboren und geworden und gewachsen zu einer sozialpolitischen Ordnung höchsten Ranges, in das sozialpolitische Elend hinunterstößt. (Lebhaftes Bravo! — Zuruf: Nur die Arbeiter?) — Ich habe hier spezielle Gesichtspunkte für die Arbeiter hervozuheben, wie die politischen Kollegen von mir die speziellen Gesichtspunkte der Industrie usw. hervorzuheben haben. —

Ich gehe jetzt dazu über, noch einmal auf die große Bedeutung in wirtschaftlicher Beziehung hinzuweisen, die die Entscheidung, vor der wir stehen, haben muß. Ich glaube, es ist Zeit und es ist notwendig, daß wir jetzt, wo wir dicht vor der Entscheidung stehen, hier noch einmal hervorheben, was wir so oft hervorgehoben haben, daß die meisten der Entscheidungen des Versailler Friedensvertrages, die sich mit der deutschen und der europäischen Wirtschaft beschäftigen, Entscheidungen eines blutigen Dilettantismus sind, der auf Unkenntnis oder auf Schlimmerem beruht. Wir erwarten und verlangen, daß dieser Dilettantismus endlich aufhört, und daß jetzt, wo die Entente vor der Entscheidung über die letzte der großen wirtschaftlichen Fragen steht, die der Versailler Friedensvertrag offen gelassen hat, der Dilettantismus aufhört. (Bravo!) Denn unter dem Elend dieses Dilettantismus leiden von Jahr zu Jahr mehr nicht nur die Staaten der Besiegten, sondern auch die Staaten der Sieger, und aus allen Staaten heraus ringt sich immer klarer die wirtschaftliche Erkenntnis, daß es so nicht weiter geht. Wirtschaft, europäische Wirtschaft, Weltwirtschaft, das ist etwas Organischgewachsenes, das man nicht auseinanderreißen kann, dessen Teile man nicht zusammenflicken kann vom grünen Tisch her, sondern das wie ein Organ und eine Pflanze sein Gesetz und seine Geschichte in sich selber hat.

Was von der ganzen Wirtschaft gilt, das gilt auch im besonderen von diesem oberschlesischen Wirtschaftskörper. Auch er ist

nach seinen eigenen Gesetzen zu einer organischen Einheit gewachsen. Wir hören in den letzten Wochen immer wieder von neuen Grenzvorschlägen. Wir hoffen und erwarten, daß mit diesen dilettantischen Grenzziehungen endlich Schluß gemacht wird (sehr richtig!). Man kann ein wirtschaftliches Gewächs wie Oberschlesien weder mit dem Säbel des Generals Le Rond noch mit dem Diplomatenbleistift eines Grafen Sforza teilen, sondern das oberschlesische Wirtschaftsgebiet hat seine Grenze für sich, die Grenze seiner Geschichte, die in Oberschlesien mehr als anderswo eine Geschichte der Arbeit ist. Wir erwarten daher, daß bei der kommenden Grenzziehung dieser große wirtschaftliche Gesichtspunkt anders zur Geltung gebracht wird, als das der oberste Rat bei seinen bisherigen Entscheidungen getan hat. Beachtung und Berücksichtigung dieser sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte ist es, was wir fordern.

Wir sind der Ueberzeugung, daß im Kerne die oberschlesische Frage — das sagte ich schon — eine Rechtsfrage ist, und vom Standpunkt des Rechtes aus habe ich zu erklären, daß auch die mir nahestehenden politischen Massen heute hinter der Forderung stehen, daß nämlich vom Standpunkt des reinen Rechtes aus ganz Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland bleiben muß (lebhafter Beifall), und daß jene 470 000 polnische Stimmen aus Oberschlesien für einen obersten Rat, der nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit sein Urteil sprechen will, kein Grund sein dürfe, uns dieses Land nicht ungeteilt zuzuerkennen. Denn gegen diese 470 000 polnische Stimmen rechnen wir die über eine Million deutscher Stimmen, die ungefragt von Deutschland in Posen und in Westpreußen losgerissen sind. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Gerechtigkeit da sein soll, dann soll sie auf beiden Seiten da sein! (Langanhaltende Beifallsbezeugungen.)

Ob der oberste Rat nach diesen Gesichtspunkten wirtschaftlicher Vernunft und einer Gerechtigkeit, die das oberschlesische Problem im Gesamtrahmen des Ostproblems sieht, seine Entscheidung trifft, wissen wir nicht. Wenn er es nicht tut, dann befürchten auch wir, daß dort im Osten eine Wunde entstehen wird, die schlimmer am Körper Europas brennen wird, als jemals Elsaß-Lothringen es getan hat. (Sehr richtig!) Dann befürchten wir, daß das eintrifft, was der schärfste amerikanische Kritiker des Friedensvertrages vor einigen Monaten geschrieben hat, Herr Robert Lansing, einstiger erster Ratgeber des Präsidenten Wilson auf der Versailler Friedenskonferenz. (Zurufe.) Dieser hat in seinem vor einigen Monaten herausgegebenen Memoirenbuch über den Versailler Friedensvertrag abschließend ungefähr folgendes gesagt: Dieser Friede reißt Millionen Deutscher von ihrem Volkskörper ab. Dieser Friede ist unhaltbar und undurchführbar. (Hört! Hört!) Die Staaten, die besiegt sind, können vielleicht eine Zeitlang ohnmächtig sein, aber — und das sagt Herr Robert Lansing! — so, wie der Tag der Nacht

folgt, so werden diese Staaten früher oder später dazu übergehen, sich ihr Recht wiederzuholen. (Stürmisches Bravo!)

Meine Damen und Herren! Wie der oberste Rat seine Entscheidung trifft, wissen wir nicht. Aber zwischen Deutschland und Oberschlesien sind die Dinge ganz klar; sie sind klar für heute, sie sind klar in alle Zukunft, auch über den Spruch hinweg, der demnächst gefällt wird. (Erneuter lebhafter Beifall.) Ich fasse diese Klarheit zusammen in folgenden Sätzen: Für uns ist die oberschlesische Frage nicht die strategische Frage, wie Frankreich sich einen Staat in der östlichen Flanke Deutschlands schafft, der Deutschland niederhält! (Sehr richtig!) Für uns ist die Frage auch nicht die, wie Polen sich wirtschaftlich und finanziell gesund macht, damit es seine Schulden an Frankreich zurückzahlen kann. (Bravo!) Für uns ist die oberschlesische Frage aber auch keine Angelegenheit, mit Hilfe deren sich Frankreich und England über ihre kleinasiatischen Sorgen oder über ihre Sorgen, die sie weit hinten in Ostasien haben, einig werden können, sondern für uns ist die oberschlesische Frage eine einfache Frage des Willens der oberschlesischen Bevölkerung. (Lebhafte Zustimmung.) Dieser Wille ist ausgesprochen. Der oberste Rat hat jetzt seinen Spruch zu fällen. Ich sage nochmals: Wie dieser Spruch auch ausfallen mag, — zwischen uns und Oberschlesien sind die Dinge in alle Zukunft klar. Oberschlesien muß lebendig bleiben, und wenn es lebendig bleiben soll, dann muß es ganz und ungeteilt bleiben. Wenn es aber ganz und ungeteilt bleiben soll, dann muß es da bleiben, wo es immer gewesen ist (bravo!), bei seiner, bei unser aller Mutter, bei Deutschland! (Stürmischer, minutenlanger Beifall.)

Vorsitzender Prof. Dr. **von Harnack:**

Ich danke noch einmal in Ihrem Namen dem Herrn Redner für die wirtschaftliche Beleuchtung, unter die er die große — nicht Frage, sondern Sache gestellt hat und für die tiefe patriotische Beleuchtung, die er ihr gegeben hat. (Lebhafter Beifall.)

Ich erteile nunmehr als letztem Redner das Wort Herrn Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Schücking.

Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. **Schücking:**

Mitbürger, Mitbürgerinnen! Es war am 7. Mai 1919, an einem wunderbaren, schönen Frühlingstage. Im Park von Versaille blühte der Flieder, und die Nachtigallen sangen. Da standen wir als deutsche Friedensdelegation im Hotel Trianon-Palast vor den Vertretern von 26 alliierten und assoziierten Regierungen, und da wurde uns jenes Dokument überreicht, in dem die Machthaber der Gegenseite geglaubt hatten für Jahrhunderte die Geschicke der Völker ordnen zu können, jenes Dokument, das, wenn man es gelesen hat, man nur als eine Bibel der Toren bezeichnen kann. (Sehr richtig!) Es war nicht der Friede der Gerechtigkeit, den man uns

versprochen hatte. Und wie klein erschien uns Wilson, als wir dieses Dokument gelesen hatten! Denn die Ideen, die Wilson der Welt verkündet hatte, waren ja nicht neu und original gewesen, es waren die Ideen aller großen Denker aus der Geschichte der Menschheit, von Dante bis auf Kant. Aber daß zum ersten Male ein Staatsmann gekommen war, der über ein Volk von mehr als hundert Millionen Menschen regierte, und daß dieser Statsmann sagte: Ich werde diese Gedanken verwirklichen! — das war das Große und Grandiose an dem Wilson=Programm. (Zuruf: Programm!) Wenn Wilson unverrichteter Sache heimgekehrt wäre, weil er seinen Willen nicht hatte durchsetzen können, dann wäre er immer noch eine tragische Figur in der Geschichte. So aber ist er für uns der Mann, der ein großes Wort gegeben und nicht gehalten hat, (Zurufe). Auch Oberschlesien sollte uns nach diesem Frieden noch genommen werden, das Land, das uns den deutschen Dichter Eichendorff geschenkt hat. Keiner hat schöner als er das Rauschen des deutschen Waldes besungen.

Wenn das deutsche Volk sich schließlich in seiner Mehrheit und in seiner furchtbaren Not zur Annahme dieses Friedens entschlossen hat, so hat es doch mit einem nicht gerechnet, nämlich, daß dieser Vertrag nicht einmal g e h a l t e n werden würde, der dem deutschen Volke doch so unsagbare Opfer und Mühsale auferlegt. Ich brauche nicht zu sprechen von den Sanktionen, von denen niemand zweifelhaft sein kann, daß sie im Friedensvertrage nicht die geringste Grundlage haben. Wohin wir blicken, überall können wir feststellen, daß nicht die Gerechtigkeit durch diesen Frieden auf den Thron erhoben ist, sondern daß die Gerechtigkeit im Gewande des Elends als Bettlerin durch die Lande ziehen muß. (Zustimmung.) Ich will nicht davon sprechen, wie es auf alle wohlgesonnenen Leute auch unter den Neutralen wirken muß, daß man das deutsche Volk einseitig nötigt, Kriegsverbrecher zu verurteilen, während auf der anderen Seite die schlimmsten Kriegsverbrechen ungesühnt bleiben. (Lebhaftes Bravo.) Ich will auch nicht weiter davon sprechen, welche Angriffe man schließlich noch gegen unseren höchsten Gerichtshof gerichtet hat. Aber ich möchte doch die Frage aufwerfen: Wenn die französischen Zeitungen vorher einen schriftlichen Befehl eines deutschen Generals mitgeteilt haben, es dürften keine Gefangenen gemacht werden, und wenn bei der Verhandlung gegen diesen General von diesem Befehl überhaupt nicht die Rede gewesen ist, weil dieser in den französischen Zeitungen mitgeteilte Befehl überhaupt niemals existiert hat, — warum wird dieses Resultat unserer Gerichtsverhandlung nicht in der französischen Presse mitgeteilt! (Lebhafte Zustimmung und Hört!=Hört!=Rufe.)

Am schlimmsten aber steht es mit der Gerechtigkeit in Oberschlesien. Zunächst war es von Anfang an unzweifelhaft ein Verstoß gegen den Rechtsgedanken, daß die eine Partei, nämlich die Sieger, die alliierten und assoziierten Regierungen zum Herrn im Lande für

die Zeit der Vorbereitung der Abstimmung gemacht wurden. Es gab während des Krieges Männer genug, Gelehrte und Politiker namentlich in den neutralen Ländern, die sich mit dem Problem des Plebiszits beschäftigten und Untersuchungen darüber anstellten, wie denn ein Plebiszit durchgeführt werden müsse, damit es gerecht ausfalle. Und sie alle sind zu dem Resultat gekommen, daß, wenn durch ein Plebiszit wirklich der Wille des Volkes zum Ausdruck kommen sollte, dann vorher die Herrschaft über das Land einem wirklich Neutralen übertragen werden müsse (sehr richtig!), daß ein Neutraler, nicht aber eine siegreiche Partei, wie in diesem Falle, das Plebiszit veranstalten müsse. Der Erfolg dieser Einrichtung ist denn ja auch nicht ausgeblieben. Ich bin selber im Dezember in Oberschlesien gewesen, um ein Bild von den Verhältnissen dort zu gewinnen. Ueberall wurde mir von ehrenhaften deutschen Landsleuten gesagt, sie hätten den Eindruck, daß die Franzosen mit den Polen im Bunde seien, auf der ganzen Linie! (Rufe: Natürlich!) Sie sagten, das dritte Wort der französischen Offiziere sei: wenn hier der Vorhang fällt! Damit gaben die französischen Offiziere ihrer Erwartung Ausdruck, daß der Sieg auf der Seite der ihnen befreundeten Polen sein würde, und daß Deutschland sich aus dem Lande zurückziehen müsse. Alle diese ehrenhaften Leute sagten, sie könnten sich diese Erscheinung nicht anders erklären, als daß ein Vertrag zwischen Frankreich und Polen im Gegensatz zum Friedensvertrag bestände, wonach die Franzosen den Polen zugesichert hätten, sie würden alles tun, um das Land in ihre Hand zu bringen.

Weiter aber! Man wußte damals im Dezember schon, daß, wenn auch die Abstimmung, wie man bestimmt erwartete, günstig ausfallen würde, dann die Polen einfallen und mit Gewalt versuchen würden, das Land für Polen zu erobern. Immer wieder hat unsere Regierung auf die Anzeichen künftiger Unruhen hingewiesen, aber sie hat, wie Sie wissen, bei den alliierten und assoziierten Regierungen damit keinen Erfolg gehabt: ihre Warnungen sind ungehört verhallt.

Das hat seine Konsequenzen. Kürzlich fragte mich nach einer Vorlesung ein Student, ob er mir eine staatsrechtliche Frage vorlegen dürfe. Seine Eltern wohnten im oberschlesischen Industriegebiet. Sie seien fünf mal ausgeplündert. Von einem großen Geschäftshaus sei nichts mehr übrig. Wer hafte nun für diesen Schaden, den sie dort erlitten hätten? Ich habe ihm darauf geantwortet, daß wenn jemand die Verwaltung einer Sache zu treuen Händen übernommen habe, und wenn ihm dann nachgewiesen werden kann, daß er nicht die Sorgfalt aufgewendet hat, die notwendig gewesen wäre, dann dieser Treuhänder hafte. (Lebhafte Zustimmung.)

Vor allem aber sucht man jetzt, namentlich von französischer Seite, wie Sie wissen, das Resultat der Abstimmung zu verfälschen, und doch konnte die Abstimmung von Anfang an nicht zweifelhaft

sein. Die Eindrücke, die man in den großen Zentren des Landes, in Beuthen und Kattowitz, gewinnt, sind unzweifelhaft die, daß das Land einen deutschen Charakter hat. Nichts aber hat auf mich nach dieser Richtung hin mehr Eindruck gemacht, als die Tatsache, die mir mein deutscher Freund mitteilte, daß sämtliche Zeitungen, die die Polen aus dem Freistaat für Oberschlesien gegründet hatten, um damit für den Anschluß der sogenannten wasserpolnischen Bevölkerung an den polnischen Freistaat Stimmung zu machen, in deutscher Sprache erscheinen müssen, weil die sogenannten Wasserpolen das Polnisch des Freistaates Polen überhaupt gar nicht verstehen. (Heiterkeit.) Jedesmal, haben mir meine deutschen Freunde weiter erzählt, wenn die Agitatoren über die Grenze kämen und auf dem Lande Versammlungen veranstalteten, so wäre das erste, was ihnen von den Wasserpolen entgegengerufen würde: Deutsch reden! — weil sie nämlich die Sprache der Leute aus Warschau gar nicht verstehen können. (Zustimmung.) Es ist das ja auch gar kein Wunder, daß sie diese Sprache nicht verstehen können, weil Oberschlesien sich seit mehr als 700 Jahren von den übrigen Polen getrennt hat, und weil die Sprache in dieser Zeit einen ganz anderen Weg gegangen ist. Die Sache verhält sich genau so, als wollte ein deutscher Professor der Germanistik auf ein Dorf in Deutschland gehen und den Dorfbewohner das Nibelungenlied in der Ursprache vorlesen, so wie es im 13. Jahrhundert niedergeschrieben worden ist. Das würden unsere lieben deutschen Landsleute auch nicht verstehen, weil das damals eben eine ganz andere deutsche Sprache war, wie diejenige, die wir heute reden.

So war es selbstverständlich, daß trotz des furchtbaren Terrors, der in vielen Gegenden geübt ist, und über den genügend urkundenmäßige Zeugenaussagen vorliegen, die Abstimmung zugunsten von Deutschland ausfallen mußte. Beinahe eine Zweidrittelmehrheit hat sich für Deutschland ergeben, wie Sie alle wissen. Es ist nach Gemeinden abgestimmt worden, und auch die Mehrzahl der Gemeinden hat für Deutschland gestimmt, nämlich 845 Gemeinden für Deutschland und nur 691, also die Minderheit, gegen Deutschland. Nun sagen die Polen, dieses Resultat der Abstimmung sei nicht richtig bewertet, wenn man bloß auf die Zahlen gehe, weil nämlich der Sieg Deutschlands durch die Zugewanderten entschieden sei. Das ist nicht richtig; denn die Zahl dieser Zugewanderten hat etwa 120 000 betragen, die aber nur die Hälfte der deutschen Majorität ausmachen. Wären sie zu Hause geblieben, hätte sich immer noch eine beträchtliche Mehrheit zugunsten Deutschlands ergeben. Weiter aber! Es war eine grobe Ungerechtigkeit, daß alle die Deutschen nicht mitstimmen durften, die nach 1904 in Oberschlesien ansäßig geworden waren. (Sehr richtig!) Ihre Zahl wird auf etwa 200 000 geschätzt, die wir uns also eigentlich noch zurechnen können (hört, hört!), denn jene Leute, die seit 1904 im Lande sitzen und dort den

Mittelpunkt ihrer Lebensverhältnisse haben, haben doch weidlich an der wirtschaftlichen Blüte des Landes mitgearbeitet, und sie hätten wohl einen moralischen Anspruch darauf gehabt, an der Abstimmung ihrerseits teilnehmen zu dürfen. (Lebhafte Zustimmung.)

Vielleicht hat Sie bei den Zahlen, die ich Ihnen nennen durfte, überrascht, daß, wenn auch die Zahl der polnisch abstimmenden Gemeinden längst nicht so groß gewesen ist, wie die Zahl der für Deutschland stimmenden Gemeinden, die Zahl der für Polen votierenden Gemeinden doch immerhin sehr beträchtlich war. Deshalb muß ich auf folgendes hinweisen. Es kommt, wenn man den nationalen Charakter des Landes feststellen will, in erster Linie doch darauf an: wie groß sind denn die Gemeinden gewesen, die abgestimmt haben? Da ist zum Beispiel eine Landgemeinde Biassowitz, in der nur 14 Stimmen für Deutschland und 20 Stimmen für Polen abgegeben sind, also insgesamt überhaupt nur 34 Stimmen. Das war eine überwiegend polnische Gemeinde. Aber was macht eine solche Gemeinde aus, in der nur 34 Stimmen abgegeben sind, wenn man auf der anderen Seite eine Gemeinde wie Gleiwitz, in der über 33 000 Stimmen für Deutschland und nur über 8000 Stimmen für Polen abgegeben sind, mit ihr in Vergleich stellt! Wir Deutschen haben in dieser Frage nichts zu verschleiern. Wir können die Karten der Abstimmung vollständig offenlegen.

Prüfen wir einmal die Zahlen aus dem engeren Industriegebiet, umfassend die Kreise Gleiwitz, Beuthen Stadt- und Landkreis, Kattowitz Stadt und Land und Hindenburg mit Ausnahme des südlichsten Zipfels, der nur 2000—3000 Stimmberechtigte hat und nichts ausmacht. — In diesem engeren Industriebezirk befinden sich 71 Gemeinden, von denen haben nur 21 für Deutschland und 50 in ihrer Mehrheit für Polen votiert. Aber es fragt sich auch hier wieder: was sind denn das für Gemeinden? Zählen wir zunächst die Gesamtheit derer, die in diesem Industriebezirk abgestimmt haben, zusammen, so ergibt sich sofort eine Mehrheit zugunsten von Deutschland: 259 000 deutsche Stimmen und nur 204 000 polnische. Also auch in diesem engeren Industriebezirk ist eine Mehrheit zugunsten von Deutschland von ungefähr zwanzig Prozent vorhanden.

Weiter! Im ganzen Lande gibt es 36 städtische Gemeinwesen. Von diesen haben nur drei eine polnische Mehrheit gehabt, und zwar sind das nur drei Zwergstädte, in denen zusammen nur 3435 Stimmen abgegeben sind. In allen übrigen Städten ist die Mehrheit für Deutschland gewesen, und zwar durchweg eine erdrückende Mehrheit; denn es sind in den 36 Städten 339 000 Stimmen abgegeben worden, davon 268 000 für Deutschland — also beinahe 80 Prozent — (hört, hört!) und nur 70 000 für Polen, noch nicht ganz 21 Prozent, für Polen. Dabei sind die Städte in Oberschlesien mehr

wie irgendwo anders die Zentren der Kultur. Aber auch wenn wir die Landgemeinden lediglich für sich betrachten, so ergibt sich auch noch für diese eine Majorität zugunsten von Deutschland in der Höhe von 51,8 Prozent.

Was soll man nun machen? Man kann doch nicht die einzelnen Landgemeinden, die eine Mehrheit zugunsten von Polen ergeben haben, Polen zuweisen, und die großen deutschen Städte, die dazwischen liegen, Deutschland. Da die überwiegend polnischen Gemeinden und die deutschen Gemeinden in dichter Gemengelage miteinander liegen, so würde das zu ganz unmöglichen verwaltungstechnischen Schwierigkeiten führen.

Außerdem ist uns im Friedensvertrage von Versailles ausdrücklich zugesagt, daß die Grenze des Landes unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und der geographischen Gesichtspunkte gezogen werden soll. Die wirtschaftlichen Gesichtspunkte sprechen aber dafür, daß Oberschlesien als Einheit aufrechterhalten bleibt. In diesem Zusammenhange möchte ich Ihnen Herrn Tardieu, einen der französischen Staatsmänner, zitieren, der am Friedensvertrage von Versailles hervorragend mitgearbeitet hat. Herr Tardieu hat jetzt ein sehr interessantes Buch über die Entstehungsgeschichte des Versailler Friedens publiziert. Ein Kapitel ist darin dem Saargebiet gewidmet. Nun wollten die Franzosen ursprünglich das Saargebiet haben, weil sie behaupteten, sie brauchten die Kohlen, da wir ihre Bergwerke zerstört hätten. Aber Herr Tardieu weist in seiner Denkschrift nach, die er damals erstattet hat, und die offenbar großen Eindruck gemacht hat, daß das Saargebiet eine wirtschaftliche Einheit sei. Es sei doch völlig unmöglich, in dem Saargebiet die Kohlenbergwerke etwa von den industriellen Werken abzutrennen*). Weil man also die Kohlenbergwerke haben wollte, mußte man Deutschland schon das ganze Saargebiet abnehmen, auch die industriellen Werke. Wenn das die Meinung des Herrn Tardieu ist, daß nämlich bei der Ziehung von politischen Grenzen derartige wirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen — und uns ist ja die Berücksichtigung solcher wirtschaftlichen Gesichtspunkte im Frieden von Versailles ausdrücklich versprochen —, dann sollen sie auch hier berücksichtigt werden, dann soll auch Oberschlesien als eine Einheit dem deutschen Volke erhalten bleiben. (Lebhaftes Bravo!)

Ich wiederhole noch einmal die Ziffern für die Abstimmung. Im gesamten Abstimmungsgebiet mehr als 60 % für Deutschland! Im Industriegebiet, im weitesten Sinne des Wortes, auch die

*) Siehe die Denkschrift in dem Buche von André Tardieu, La Paix. Préface de Georges Clemenceau, Paris 1921. S. 279 ff., insbesondere S. 283, 284, 289.

Kreise hinzugerechnet, in denen die Industrialisierung erst begonnen hat, 56 % für Deutschland! In dem agrarischen Oberschlesien 62 % für Deutschland! In den oberschlesischen Städten 79—80 % für Deutschland! Selbst in den oberschlesischen Landgemeinden noch 51,8 % für Deutschland! — Da scheint es mir denn doch wirklich eine Forderung der Gerechtigkeit zu sein, daß dieses Land bei Deutschland bleibt. Die Gerechtigkeit, angewandt auf die oberschlesische Frage, ist nicht nur eine Frage, die Deutschland und Oberschlesien angeht, sondern eine Frage, die die ganze Menschheit interessiert, und zwar nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Gewiß, die ganze Menschheit braucht den wirtschaftlichen Wiederaufbau, und Sie wissen, was das oberschlesische Industriegebiet für den wirtschaftlichen Wiederaufbau leisten kann, wenn es in seiner Einheit erhalten bleibt.

Aber höhere Gesichtspunkte stehen auf dem Spiel. Die Menschheit braucht den Frieden! Nicht mit Sanktionen im Westen und nicht mit einer neuen Vergewaltigung im Osten zugunsten des Polenreiches kann der Welt der Friede gesichert werden. Es gibt nur eine Möglichkeit, der Welt den Frieden zu sichern, und die beruht in der Gesinnung der Völker. Woher aber soll diese Friedensgesinnung der Völker kommen, wenn nach wie vor das Recht vor aller Augen vergewaltigt wird. Meine Damen und Herren! Die Idee der Gerechtigkeit ist vielleicht der stärkste Pfeiler, der das ganze Gewölbe der menschlichen Kultur und Zivilisation trägt. Wehe denen, die diesen Pfeiler zerschneiden! (Sehr richtig!) Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sie mahlen sicher! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Prof. Dr. **von Harnack:**

Ich danke im Namen der ganzen Versammlung dem Herrn Redner für seine erhebenden und zugleich so aufklärenden Worte.

Meine lieben und verehrten Landsleute! Damen und Herren! Wir sind am Ende dieser unserer Tagung. Aber es wird in Ihrem Sinne sein, daß wir diesen Saal nicht verlassen, ohne daß wir das, was wir gehört haben, und die Anschauung, die in unserem Herzen bereits lebte und durch das Gehörte nur noch gefestigt worden ist, in einer Resolution zusammenfassend niederlegen. (Sehr gut!) Ich habe die Ehre, Ihnen diese Resolution vorzulesen. Ich bitte aufmerksam zuzuhören, damit wir hernach über sie abstimmen können.

Resolution.

Die von allen Parteien und aus allen Schichten der Bevölkerung in Berlin am Freitag, dem 15. Juli, gebildete öffentliche Versammlung erhebt flammenden Protest gegen alle Versuche,

irgendwelche Teile Oberschlesiens vom Deutschen Reiche loszulösen. Insbesondere verwahrt sie sich mit aller Schärfe gegen die Behauptung, daß die Tatsachen in Oberschlesien zugunsten Polens sprächen. (Sehr richtig!) Oberschlesien hat sich mit der überwiegenden Mehrheit seiner Bewohner und seiner Gemeinden für das Verbleiben bei Deutschland entschieden, mit dem es auch wirtschaftlich eine ganz untrennbare Einheit bildet. Seinem durch den Friedensvertrag verbürgten Selbstbestimmungsrecht muß vollauf Genüge geschehen. Polen hat kein Recht auf ein Land, dessen Kultur von den frühesten Anfängen an ausschließlich deutsches Gepräge trägt. Das deutsche Volk kann es nicht hinnehmen, daß auch nur Teile oberschlesischen Bodens durch Machtspruch vom deutschen Vaterland abgetrennt werden. Die unerhörten Leiden der Bevölkerung während acht Wochen, in denen sie unter der Herrschaft polnischer Insurgenten gestanden hat, haben gezeigt, was deutsch gesinnte Oberschlesier durch einen Uebergang an Polen zu erwarten haben. (Zustimmung.) Ihre Freigabe an polnische Willkür wäre unerträglich, um so mehr, als Polen in den bereits abgetretenen Gebieten vor aller Welt gezeigt hat, daß es nicht in der Lage ist, den vertraglich übernommenen wirksamen Schutz der Deutschen zu gewährleisten. Wir fordern Gerechtigkeit für Oberschlesien, jene Gerechtigkeit, welche im Friedensvertrag feierlichst versprochen worden ist. (Lebhaftes Bravo!)

Ich frage die Versammlung: Sind Sie einverstanden, daß diese Resolution von uns gefaßt wird? Wenn Sie einverstanden sind, bitte ich Sie, die Hand zu erheben. (Geschieht.) — Einstimmig angenommen! (Lebhafter Beifall.)

Meine verehrten Landsleute, Damen und Herren! Heute sind wir um Oberschlesiens willen hier. Heute hat ein Gefühl, ein Wille, eine Kraft uns bewegt, — herrlich! Ich bitte Sie, tragen Sie mit breitem Fittich diese Einheit, dieses Gefühl für die letzten vaterländischen Fragen, die über allem stehen, in Ihr Leben, Ihren Beruf, Ihren Verkehr mit den deutschen Landsleuten aller Richtungen hinaus. Wir müssen von den Punkten aus, wo wir einig sind, Land gewinnen in den Bezirken, in denen noch mancher Unfriede herrscht. Das ganze Vaterland soll erstarken, wenn wir gemeinsam in solcher Not sind, aus dieser Gemeinsamkeit. Es mag kommen, was da will, — wenn wir ein festes Vertrauen zu den besten Kräften unserer Geschichte, unseres Seins, unseres höheren Lebens haben, so dürfen wir zu jedem unter uns das Trostwort sprechen, welches unser größter Dichter in schwerster Zeit gesprochen hat: Komm, wir wollen Dir versprechen Rettung aus dem tiefsten Schmerz, — Pfeiler, Säulen kann man brechen, aber nicht ein freies Herz! — Denn es lebt ein ewig Leben, es ist selbst der ganze

Mann. — In ihm wirken Lust und Streben, die man nicht zermalmen kann!

In diesem Hochgefühl und in der glühenden Liebe zu unserem Vaterlande wollen wir auseinandergehen, wollen aber zuvor noch ein patriotisches Lied hören, das unseren Ausgang begleiten soll, damit wir in diesem Hochgefühl in unsere Häuser zurückkehren. (Lebhaftes Bravo!)

Die in der Versammlung gefaßte Resolution wurde am nächsten Tage, Sonnabend, den 16. Juli, mittags 1 Uhr, dem Reichskanzler persönlich überreicht.

Hierbei hielt der Vorsitzende der Versammlung Wirklicher Geheimer Rat Professor Dr. **von Harnack**, folgende Ansprache:

Hochgebietender Herr Reichskanzler!

Da Sie gestern leider durch Amtsgeschäfte verhindert waren, der großen Protestversammlung zugunsten Oberschlesiens in der Philharmonie beizuwohnen, so beehre ich mich, zugleich mit den hier versammelten Rednern des gestrigen Tages und dem vorbereitenden Ausschuß, Ihnen persönlich die Resolution zu unterbreiten, welche die Versammlung gefaßt hat. Von Tausenden war sie besucht, und die Reden mußten wiederholt werden, da auch der größte Saal, den wir gewählt, die Hinzuströmenden nicht aufzunehmen vermochte. Ich darf sagen, daß alle Schichten der Bevölkerung und alle Parteien vertreten waren. Es ist die Reichshauptstadt, die hier gesprochen hat, ja es ist das deutsche Volk selbst, das hier repräsentiert war. Einmütig und einstimmig wurde, nachdem die Redner alle Seiten — nicht der großen „Frage"; denn eine Frage gibt es hier nicht, sondern der großen Sache — beleuchtet hatten, die Resolution für das ungeteilte und unabtrennbare Oberschlesien angenommen. Gestatten Sie, Herr Reichskanzler, daß ich sie vorlese.

(Folgt die Resolution.)

Und nun bitte ich Sie, Herr Reichskanzler, im Namen der großen Versammlung, dieser Resolution mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln und überall, wo es geschehen kann, den größten Nachdruck zu geben. Ich weiß, dankbaren Herzens, sehr wohl, was Sie in dieser Hinsicht schon getan haben und was fort und fort von Reichs wegen hier geschieht, aber in einer so großen Sache wie dieser dürfen und müssen fortgesetzte Bitte die vaterländische Arbeit unterstützen.

Der Reichskanzler

nahm die Resolution mit Dank entgegen und versicherte im Namen der Reichsregierung, daß er nichts unterlassen habe und nichts unterlassen werde, um die Entscheidung über Oberschlesien, die der Friedensvertrag in die Hände fremder Mächte gelegt habe, im Interesse des deutschen Rechtes, der deutschen Zukunft und zum Wohle Oberschlesiens herbeizuführen.

Im Anschluß hieran schilderte der Reichskanzler die erhebenden Eindrücke, die er von seinem letzten Besuche in Breslau hinsichtlich der Einmütigkeit aller Parteien und aller Schichten der Bevölkerung, unter allen Umständen treu bei Deutschland auszuharren, mitgenommen habe und erwähnte seine fortgesetzten Bemühungen, die fast zur Verzweiflung getriebene Bevölkerung Oberschlesiens vor übereilten Schritten zurückzuhalten. Hierauf machte der Reichskanzler noch vertrauliche Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand der Lage in Oberschlesien.

An der Aussprache, die sich an die Ueberreichung der Resolution anschloß, beteiligten sich entsprechend dem interparteilichen Charakter der Veranstaltung, auch Vertreter derjenigen Parteien, die der Regierungskoalition zurzeit nicht angehören.

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt A.G., Berlin SW — 1564.

Neudruck: „Junge Rybniker", 5252 Ründeroth /Rhld., Postfach 2213 (1978)